



Die Lügen der Atomlobby

"Ist Atomkraft Ökoenergie?"

Die Abkehr vom Atomausstieg ist zu einer zentralen Wahlauseinandersetzung für die kommende Bundestagswahl geworden. Die Atomlobby zeichnet in grüngefärbten Werbeanzeigen das schöne Bild einer nuklearen Idylle, die uns auch noch vor dem drohenden Klimawandel bewahrt. Die Behauptung der CDU "Kernkraft ist Ökoenergie" steht für den Versuch der Atomkraftbefürworter, Tschernobyl vergessen zu machen und die Atomenergie als umweltfreundlich, preiswert und sicher darzustellen. Wir Grünen sind anderer Meinung und entlarven hier die schlimmsten Lügen der Atomlobby.

Atomkraft ist sicher?

NEIN. Atomkraftwerke (AKW) sind nicht sicher! Forsmark, Brunsbüttel, Krümmel, Tricastin, die Tschernobyl-Katastrophe - immer wieder gibt es gefährliche Zwischenfälle und Unfälle - und die Reaktoren werden weltweit älter und damit steigen die Sicherheitsrisiken. Bereits der Normalbetrieb ist gefährlich (die Kinderkrebsstudie von 2007 (KIKK) zeigte ein erhöhtes Leukämierisiko in der Nähe eines Kernkraftwerks) - von einem Super-Gau ganz zu schweigen.

Atomenergie ist billig?

NEIN. Atomkraft ist teuer! AKWs wurden mit erheblichen Subventionen gebaut. Experten schätzen, dass die Atomkraft in Deutschland insgesamt mit über 100 Milliarden Euro subventioniert wurde. Für eine Studie des Ökoinstituts wurden die Strompreise in einzelnen EU-Staaten verglichen. Dabei kamen die Wissenschaftler zu dem Ergebnis, dass es "keinen Zusammenhang zwischen hohem Kernenergie-Anteil und Strompreisniveau" gebe. (Spiegel)

Atomkraft macht unabhängig?

NEIN. Importiertes Uran macht uns zu 100 % abhängig! In Deutschland kommt es hauptsächlich aus Russland und ist wie Kohle und Erdöl ein endlicher Rohstoff. Ohne Atomstrom werden die Lichter nicht ausgehen. Im Gegenteil: Wenn im Sommer das Kühlwasser fehlt, werden AKWs in Frankreich stillgelegt und Deutschland hilft Frankreich



mit exportiertem Strom aus!

Atomenergie ist CO₂-frei?

NEIN. Richtig ist lediglich, dass AKWs während des Betriebs kaum CO₂ freisetzen. Berücksichtigt man den Bau des Kraftwerks und die gesamte energieaufwendige Produktionskette, kommt man laut einer Studie des Ökoinstituts auf 30 bis 60 g CO₂ pro Kilowattstunde (kWh). Das ist genauso viel wie bei kleinen dezentralen Gasheizkraftwerken. Durch Solarstrom wird dagegen im Schnitt nur 0,8 kg CO₂ pro kWh freigesetzt.

Atomkraft rettet das Klima?

NEIN. Atomkraftwerke tragen gerade einmal 3 % zur Deckung des Energiebedarfs bei (Tendenz sinkend!) und 2/3 ihrer Primärenergie werden zur Aufheizung von Flüssen und zur Wolkenproduktion verschwendet. Schon heute liefern erneuerbare Energien, gemessen am Gesamtverbrauch, mit 9,7 % mehr Energie als die Atomkraft. Nicht ohne Grund sind nicht nur Erneuerbare-Energien-Technologien, sondern auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz selbst mittlerweile zu regelrechten Exportschlagnern geworden. In mehr als 40 Ländern wurden unsere Regelungen inzwischen übernommen! Die heutige Grundlast - auch dies eine entscheidende Änderung seit 2001 - ist bereits erneuerbar. Der zuerst

eingespeiste Strom ist der aus erneuerbaren Quellen. Für die Zukunft brauchen wir vor allem einen flexiblen Kraftwerkspark, doch flexibel sind AKWs gerade nicht, weil ihre Leistung nicht zu schnell heruntergefahren werden darf.

Das Endlagerproblem für Atommüll ist gelöst?

NEIN. Die nuklearen Abfälle sind extrem gefährlich, strahlen 10.000 Jahre lang und müssen sicher verstaubt werden. Allein Deutschlands AKWs produzieren jedes Jahr rund 400 Tonnen Abfälle, die mehr oder weniger provisorisch zwischengelagert werden. Experten sind sich einig, dass die unterirdische Lagerung der beste Weg ist, den Strahlenmüll loszuwerden. Doch den dafür vorgesehenen Salzstock in Gorleben halten viele Experten für ungeeignet. Die Schwierigkeiten bei der Entsorgung von radioaktivem Müll zeigen auch die Probleme im Salzstock von Asse.

Deutschland ist mit der grünen Energiewende in einer Vorreiterrolle für die Welt. Höchste Zeit, dass wir uns von einer altmodischen atomaren Nischentechnologie verabschieden, ganz pragmatisch und unideologisch!

mn

Lärmschutz entlang der Autobahnen

Grasbrunn, Putzbrunn, Hohenbrunn und andere Gemeinden blitzen beim Umweltministerium ab - Antrag der Grünen im Landtag abgelehnt

Der Verkehr in der Region München steigt seit Jahren stetig an. Allein der dadurch entstehende Lärm stellt eine unzumutbare Belastung für die dort lebenden Anwohner dar. Wissenschaftliche Studien bestätigen die gesundheitsschädliche Wirkung von Lärm. Dazu zählen vor allem die Auswirkungen auf die Psyche und die beeinträchtigte intellektuelle Leistungsfähigkeit. Im stark belasteten Raum München treten daher immer wieder Bürgerinitiativen für eine Lärmreduzierung ein.

Nicht nur der primäre Lärmschutz durch bauliche Maßnahmen wird gefordert, sondern vor allem auch Geschwindigkeitsreduzierungen. Hohenbrunn, Putzbrunn und Grasbrunn haben zusammen mit anderen Gemeinden eine gemeinsame Initiative zu einem Tempolimit auf der A99 gestartet, um den Lärmschutz zu verbessern. Mit ihrer Forderung sind sie vor wenigen Monaten beim Innenministerium 'abgeblitzt'.

„Für mich ist es nicht nachvollziehbar, aus welchen Gründen sich Innenminister Joachim

Herrmann so kategorisch gegen Lärmschutzmaßnahmen wendet und sich auf die Einhaltung der maximal möglichen Dezibel-Werte zurückzieht, obwohl mit einem Tempolimit und einigen baulichen Maßnahmen eine deutlich spürbare Erleichterung für die Bevölkerung zeitnah umsetzbar wäre,“ so Susanna Tausendfreund, MdL, die die Ablehnung von Innenminister Herrmann nicht hinnehmen will und auch auf die Unterstützung der übrigen Abgeordneten aus der Region München hofft.

Um die Situation zu verbessern haben die Grünen im Juni einen Antrag im Bayerischen Landtag eingereicht. Darin werden zum einen eine durchgehende Geschwindigkeitsbegrenzung von nachts auf 80 km/h und tagsüber auf 120 km/h, bauliche Lärmschutzmaßnahmen und die Prüfung des Einsatzes von Flüsterasphalt gefordert.

Dieser Antrag wurde durch die Abgeordneten der CSU und FDP abgelehnt, weil die bundesgesetzlichen Grenzwerte derzeit keinen bes-

seren Schutz ermöglichen. Damit wird wieder einmal von den Regierungsparteien mit fadenscheinigen Begründungen betroffenen Bürgern Schutz und Hilfe verweigert. Wenn die Grenzwerte nicht überschritten sind, bedeutet dies ja nur, dass der Bund diese Maßnahmen nicht finanziell bezuschusst. Der Freistaat Bayern müsste Lärmschutzmaßnahmen - wenn er sie wünscht - also lediglich allein finanzieren.

Dabei gäbe es durchaus Maßnahmen, die nur wenig Geld kosten würden und sofort umgesetzt werden könnten, wie z.B. ein permanentes nächtliches Tempolimit auf der A99. Das würde aber die Auto-Lobby verärgern, und davor schrecken CSU und FDP immer zurück.

Die einzig richtige Antwort darauf kann der Bürger nur mit dem Stimmzettel geben, indem er die wählt, die seine (Lärm-)Probleme wirklich ernst nehmen.

mw

Der Gartentipp

Schneckenplage im Garten?

Dies ist für unser Gemeinderatsmitglied Ingrid Röser kein Problem. Der Tipp vom Naturschutzbund Deutschland wirkt: Legen Sie eine dicke Schicht aus Sägemehl und Kalk rund um Beete und Pflanzen. Schnecken meiden raue Oberflächen und der Kalk verätzt ihre Sohle. Die sog. Bierfalle lockt dagegen eher noch Schnecken an!



Vorsicht: Pflanzen, die saure Böden brauchen, können eingehen und Kalk kann die Fußsohle verätzen (barfuß laufende Kinder!).

Besichtigung der Geothermie-Bohrung in Aschheim

Am 19.5. haben etwa 20 Grasbrunner und Vaterstettener die Geothermie-Reinjektionsbohrung Th2 am nördlichen Ortsende von Aschheim besucht. Wie Thomas Fröhlich, Geschäftsführer der AFK Geothermie GmbH, ausführte, werden derzeit die Transport- und Ortsnetze in den Gemeinden Aschheim, Feldkirchen und Kirchheim erstellt, so dass im Herbst 2009 die ersten Häuser mit der umweltschonenden Energie versorgt werden können.



Durch den Einsatz der Geothermie wird die Emission des klimaschädlichen CO₂ jährlich um 20.000 bis 30.000 Tonnen reduziert.

Mit dabei war Ingrid Röser, Gemeinderätin der Grünen: „Es war wirklich sehr beeindruckend, die Bohrung live zu erleben. Zudem hat uns Herr Fröhlich mit vielen Informationen versorgt, die nicht in der Zeitung stehen. Überrascht war ich über den niedrigen Geräuschpegel der Bohranlage, nachdem wir in den Informationsveranstaltungen mit Horrorszenarien über die Lärmentwicklung konfrontiert wurden.“

Impressum

Das Grüne Blatt wird herausgegeben von



Kontakt:
E-Mail: ov.grasbrunn@gruene.de
Redaktion:
Michelle Nelson
www.gruene-ml.de/grasbrunn
V.i.S.d.P Max Walleitner,
Grünlandstr. 14, 85630 Grasbrunn
Layout: Tobi Jagalski, tobi@jagalski.net

Feinstaub Eine versteckte Gefahr

Man sieht, riecht und hört ihn nicht - und trotzdem bedroht der Feinstaub täglich unsere Gesundheit.

Als Feinstaub bezeichnet man Partikel, deren aerodynamischer Durchmesser kleiner als 10 µm (1 µm = 0,001 mm) ist.

Wie schadet der Feinstaub dem Menschen?

Die Auswirkung von Partikeln auf die Atemwege hängt, neben der Toxizität der Partikel, auch von ihrer Größe ab: je kleiner die Partikel umso tiefer können sie in die Lunge bzw. in den Blutkreislauf eindringen.

Laut WHO lassen sich für Feinstaub keine Konzentrationen angeben, unter denen keine nachteiligen Wirkungen auf die menschliche Gesundheit zu erwarten sind. **Feinstaub ist in jeder noch so kleinen Konzentration schädlich.**

Als erwiesen gelten z.B. die Verstärkung von Allergiesymptomen, die Zunahme von asthmatischen Anfällen, chronische Bronchitis, Schwächung des Immunsystems und Lungenkrebs, ein gesteigertes Risiko von Mittelohrentzündungen bei Kindern sowie Herz- und Kreislauferkrankungen (z.B. Herzinfarkt) und eine kürzere Lebensdauer. **Rund 75.000 Menschen sterben allein in Deutschland jährlich an den Belastungen durch Feinstaub.**

Woher kommt der Feinstaub?

Der Verkehr gehört neben der Industrie und Hausfeuerungsanlagen (v.a. Holzheizungen und offene Kamine) zu den Hauptverursachern von Feinstaub. Im Verkehr fällt der Feinstaub durch Diesel- und Rußpartikel aus den Verbrennungsprozessen der Kraftfahrzeuge und durch den Abrieb von Reifen,

Bremsen und Straßenoberfläche an. Die Partikel aus ungefilterten Dieselmotoren haben überwiegend einen Durchmesser von 0,1-0,2 µm und sind durchwegs lungengängig.

Wie viel Feinstaub ist erlaubt?

Seit 2005 gelten folgende Grenzwerte für Feinstaub: Der Tagesgrenzwert für Partikel bis 10 µm beträgt 50 µg/m³ und darf nicht öfter als 35mal im Jahr überschritten werden. Der zulässige Jahresmittelwert liegt bei 40 µg/m³.

Die momentanen Messverfahren sind umstritten. So orientieren sie sich z.B. an der Gesamtmasse des Feinstaubes. Bei Ultrafeinstäuben geht es jedoch weniger um die Masse als um die Anzahl der Teilchen.

Die 2008 abgeschlossene erste Revision der EU-Richtlinie zur Luftqualität bringt eine stufenweise Verschiebung der Schwerpunktsetzung hin zu der Verminderung der lungengängigen Partikel. Von den potenziell hochgefährlichen Feinstäuben (< 1 µm) ist indes kaum die Rede. Sie dringen tief in die Lunge vor und können sich dort festsetzen. Im Gegensatz zu größeren Staubpartikeln hat der Körper für diese kleinen Partikel keine Abwehrmechanismen. Wissenschaftler des GSF-Forschungszentrums für Umwelt und Gesundheit in München konnten inzwischen nachweisen, dass solche ultrafeinen Staubpartikel in die Blutzirkulation, das Herz, Leber und andere Organe transportiert werden und selbst bis in das Hirn vordringen können. **Für die gefährlichen Nanostäube gibt es in der EU bisher keine Grenzwerte!**

Die Vorschläge zur Festsetzung des Feinstaubgrenzwertes der Europäischen Kommission sind industriepolitisch geprägt und das technisch mögliche Potential zur Feinstaubreduzierung wird gerade bei den besonders gesundheitsschädlichen sehr kleinen Partikeln nicht ausgeschöpft.

Wie sieht es für Grasbrunn aus?

Genauere Daten liegen für Grasbrunn nicht vor, da sich die nächsten Messstellen in München befinden. Entlang der Autobahnen befinden sich keine Messstationen, da diese Straßen i.d.R. nicht unmittelbar durch Wohngebiete verlaufen.

BürgerInnen können die Einhaltung der Grenzwerte vor Gericht einklagen. Allerdings sollten dafür Messwerte vorliegen.

Was können Sie selbst tun?

- Das Autofahren einschränken, Fahrrad fahren, zu Fuß gehen, den Öffentlichen Personennahverkehr nutzen, Fahrgemeinschaften bilden
- Möglichst keine Kurzstrecken unter 3 km mit dem Kraftfahrzeug fahren, da über diese Strecke der Katalysator in der Regel nicht die für die volle Reinigungswirkung erforderliche Betriebstemperatur erreicht
- Regionale Produkte kaufen, die keine langen Transportwege benötigen
- Nur Dieselfahrzeuge, die mit "geschlossenem" Partikelfilter ausgerüstet sind, fahren
- Regelmäßige Motorwartung
- Kraftstoff sparend Auto fahren (frühzeitig schalten, Nutzung niedriger Drehzahlen, vorausschauende Fahrweise, Vermeidung starker Beschleunigungen, Motor bei längeren Wartezeiten abstellen, kein Warmlaufenlassen im Stand, unnötigen Dach- oder Heckgepäckträger abnehmen etc.)
- Winter- und M&S Reifen nicht ganzjährig fahren, Reifendruck überprüfen, auf abriebarme Reifen und Bremsen achten
- Fahrzeuge auf umweltfreundlichere Kraftstoffe (z.B. Gas) umrüsten
- Langsamer fahren: niedrigere Geschwindigkeiten reduzieren die Feinstaubemissionen
- Hausfeuerung mit Filtern ausstatten, seltener den Kamin anmachen dw



Das Froschbarometer

Solarenergie aus der Wüste

Mitte Juli haben 12 Großunternehmen in München eine Vereinbarung über ein 400-Milliarden-Euro-Solarprojekt unterzeichnet. Ziel des Projektes "Desertec" ist es, Europa künftig mit Solarstrom aus Afrika zu versorgen. Riesige Solarkraftwerke sollen in zehn Jahren den ersten Strom aus der Wüste liefern und schließlich 15-20 % des Strombedarfs Europas decken. Das Milliardenprojekt soll nun beweisen, dass sich Strom auf diese Weise auch wirtschaftlich produzieren lässt.

Unser Frosch freut sich, dass inzwischen auch namhafte Industrieunternehmen eine wirtschaftliche Zukunft in regenerativen Energien sehen. Damit könnten wir unabhängiger vom Öl werden, das Klima schonen und die wirtschaftliche Entwicklung der Länder fördern, die als Standorte für die Solarkraftwerke dienen. Selbst wenn noch viele Fragen offen sind, könnte das Projekt zukunftsweisend sein. mn

Wussten Sie schon?

...dass es eine kostenlose Energiesprechstunde für Bürger der Gemeinde Grasbrunn gibt?

Im Januar hat der Gemeinderat auf Antrag der Grünen beschlossen, eine kostenfreie Energiesprechstunde durchzuführen. Seit Juni kann dieses Angebot jeden zweiten Dienstag im Monat in Anspruch genommen werden. Anmeldung und Fragebogen zur Energiesprechstunde unter <http://www.grasbrunn.de/umwelt/energiesprechstunde.php>; weitere Information bei Frau Sachse im Rathaus (Tel.: 0 89 / 46 10 02 - 51). mn

Ohne Moos nichts los!

Unser Ortsverband der Grünen hat einiges vor: nachhaltige Politik, Biotoppflege usw. Für all dies wird neben ehrenamtlichem Engagement auch Geld gebraucht!

Wenn Sie mit unserer Arbeit zufrieden sind und Sie der Natur in unserer Gemeinde eine Stimme geben wollen, spenden Sie an den Ortsverband der Grünen Grasbrunn. Vergelt's Gott!

Die Bank-Verbindung unseres OV:

Bündnis 90 / Die Grünen
Ortsverband Grasbrunn
Kreissparkasse München-Starnberg
Konto Nummer: 1723 4295
Bankleitzahl: 702 501 50 mn

Kein Tempolimit auf der M 25 Tempo 30 und Radaranlage abgelehnt

Behörden des Innenministeriums blocken Initiativen zur Geschwindigkeitsreduzierung auf dem Grasbrunner Weg (M 25) ab: Auf Anregung der "Grünen" und anderer Parteien sollte am Ortseingang von Neukeferloh am Grasbrunner Weg eine feste Radaranlage installiert werden, die bewirken sollte, dass der aus Grasbrunn kommende Verkehr zumindest auf 30 km/h abgebremst wird. Das Polizeipräsidium lehnt dies ab mit der Begründung, dass dieses Instrument zur Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr nur an Unfallbrennpunkten und an Unfallgefahrenpunkten eingesetzt wird. Das sind Stellen, an denen sich bereits häufig Unfälle ereignet ha-

ben oder an denen eine erhöhte Wahrscheinlichkeit dafür besteht, dass sich Unfälle ereignen werden. Es ist zwar Fakt, dass eine hohe Zahl von Fahrzeugen gerade im Bereich der Leonhard-Stadler-Straße (Schulweg) und der Einmündung in die Saarlandstraße eine überhöhte Geschwindigkeit aufweisen, aber es muss wohl erst einen Unfall mit Toten geben, bevor von Seiten der eigentlich dafür zuständigen Behörden entsprechende Maßnahmen genehmigt werden. Bereits im letzten Jahr hatte die oberste Straßenbehörde mit annähernd gleicher Begründung die Beschränkung auf 30 km/h wieder aufgehoben, die das Landratsamt München auf Antrag der

Gemeinde für den Grasbrunner Weg festgesetzt hatte.

Nun liegt es also allein an der Gemeinde, durch Straßenbaumaßnahmen auf eigene Kosten die Raserei zu beenden. Das Problem dabei ist, dass die Straßenbaubehörde dieser Maßnahme zustimmen muss. Eine Verminderung der Geschwindigkeit würde sich z.B. durch eine Straßenverschwenkung bei gleich bleibender Straßenbreite erzielen lassen, eine Zustimmung der Behörde ist hierbei aber sehr fraglich, weil sie ja eine Geschwindigkeitsbeschränkung nicht für erforderlich hält.

Einen Kreisverkehr mit großem Radius, der ohnehin mit relativ hoher Geschwindigkeit durchfahren werden kann, sehen wir Grüne wegen des vergleichsweise hohen Flächenverbrauchs und des geringen Reduzierungseffektes eher kritisch. mw

Anzeige

Buch GmbH
Neue Poststraße 13
85598 Baldham
Tel. 08106/369414
Fax: 08106/369415
e-mail: info@ap-buch.de
www.ap-buch.de
Mo-Fr. 9.00 - 18.30 Uhr
Sa 9.00 - 13.00 Uhr
baldham *parade*

Staatshilfen für marode Unternehmen

Der richtige Weg aus der Krise?

Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise könnte für Politik und Gesellschaft auch eine Chance sein, die wirtschaftliche Entwicklung auf die Zukunft auszurichten. Zukunftsfähigkeit bedeutet dabei nicht nur, dass die Produkte oder Dienstleistungen eines Unternehmens auch in Zukunft einen Absatzmarkt finden. Ebenso wichtige Kriterien sind:

- die Umwelt- und Klimafreundlichkeit der Produkte und Produktionsverfahren
- ein schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen
- die Folgekosten und Folgenbeseitigungsprobleme für künftige Generationen
- der Einsatz innovativer Technologien
- der sozialverträgliche Umgang des Unternehmens mit seinen Mitarbeitern und ggf. Handelspartnern in der dritten Welt
- die Wahrung einer sozial akzeptablen und nachhaltigen Balance zwischen dem an die

Eigner und das Topmanagement ausgeschütteten und dem in das Unternehmen und seine Mitarbeiter reinvestierten Kapitals.

Legt man vorstehende Maßstäbe beispielsweise an "Quelle" oder "Opel" an, so zeigt sich, dass keines der beiden Unternehmen die Unterstützung "verdient" hat. Vielmehr werden die mit viel Geld der Steuerzahler erkaufte Arbeitsplätze nur kurzfristig Bestand haben und in einigen Monaten nur noch die vom Bürger zu zahlenden Schulden übrig geblieben sein.

Das Geld wäre auch im Hinblick auf Arbeitsplätze sinnvoller in Branchen und Betriebe mit hohem Potential investiert worden. So sind z.B. in den Bereichen "Erneuerbare Energien" und "Umwelttechnologien" in den vergangenen Jahren mehr als 180.000 Arbeitsplätze geschaffen worden und die Tendenz dort ist weiter ansteigend. ws

Anzeige

TOYOTA Prius
Auto und Umwelt - es gibt noch viel zu tun!
Den Individualverkehr umweltfreundlicher zu gestalten, dafür engagieren wir uns. Mit Projekten, Investitionen und vielen kleinen Schritten. Begleiten Sie uns auf unserem Weg zum „grünen“ Autohaus. Umweltschutz vor Gewinnmaximierung. Das sind wir allein schon unseren Kindern und Enkelkindern schuldig.
auto-gott
Auto-Gott GmbH
Rudolf-Diesel-Str. 28-32, 85521 Ottobrunn-Riemering
Tel. 089 | 60 87 68-0 www.auto-gott.de
AGK Auto-Gen Kompartiment
TOYOTA
DAIHATSU

Anzeige

BIO - FREI HAUS!
Ihr Bio-Lieferservice für den Münchner Osten:
www.tagwerk-oeokokiste.de
Isarlandstr. 3, 81829 München
Telefon 089/94 52 87 44
TAGWERK ÖKOKISTE
Frucht - Biojoghurt - Joghurt Haus